

Bu Nr. 314/I. K. N. V.

174

Anfragebeantwortung

des Staatssekretärs für Heereswesen.

In Beantwortung der zuliegenden, vom Staatsamte für Inneres anher abgetretenen Anfrage des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Zustände in der Militärstrafanstalt Möllersdorf, wird nachstehender Bericht erstattet:

Seit dem Zeitpunkte der Wiederbenutzung der Militärstrafanstalt in Möllersdorf durch die Republik Österreich, das ist seit August 1919, sind insgesamt 30 Sträflinge entwichen, von denen 13 bisher wiederum eingeliefert wurden.

Außerdem kamen im gleichen Zeitraum elf Ausbruchversuche aus Gemeinschafts- und Einzelzellen, beziehungsweise Fluchtversuche vor, die rechtzeitig vereitelt werden konnten.

Alle diese Fälle wurden stets einer eingehenden Untersuchung durch das Anstaltskommando unterzogen.

Wichtigere Fälle, das heißt solche, in welchen der Verdacht einer strafbaren Handlung oder Unterlassung seitens des Bewachungspersonals obwaltete, wurden dem Militäranwalt in Wien zur weiteren Amtshandlung zur Anzeige gebracht.

Das Anstaltskommando kommt, gestützt auf das Ergebnis seiner Erhebungen in den einzelnen Fällen zu den Schluß, daß die Schuld an den vermehrten Entweichungen, Ausbrüchen und Entweichungsversuchen weniger in einem für jeden einzelnen Fall feststellbaren Verschulden einzelner Personen, als vielmehr in der Verworrenheit und den schwierigen Verhältnissen unserer Zeit überhaupt gelegen sei.

Beim Militäranwalt in Wien sind in der Zeit seit der Wiederbenutzung der Strafanstalt im ganzen acht gegenständliche Strafanzeigen eingelaufen und behandelt worden.

Von diesen sind drei bisher noch nicht abgeschlossen und ist das Verfahren noch im Zuge.

In einem Falle (Entweichung des Kerkersträflings zweiter Kategorie Johann Rainz am 8. September 1919) ordnete der Militäranwalt die Zurücklegung der Strafanzeige gemäß § 138 MStG. aus dem Grunde an, weil keine genügenden Anhaltspunkte zur strafgerichtlichen Verfolgung gegeben waren.

Im Falle der Entweichung des Kerkersträflings zweiter Kategorie Johann Janal in der Nacht vom 29. auf den 30. Jänner 1920 hat der Militäranwalt gegen den Volkswehrman Johann Neurath des Volkswehrbataillons Mödling am 6. März 1920 die Anklage wegen Verbrechens der Pflichtverletzung im Wachdienste gemäß § 232 MStG erhoben.

Nach der noch nicht zur Hauptverhandlung gekommenen Anklage wird dem genannten Volkswehrman zur Last gelegt, er habe sich in der Nacht zum 30. Jänner 1920 als aufgeführter Posten über die vorgezeichnete Grenze eigenmächtig entfernt und habe dadurch sowie durch Unaufmerksamkeit die Flucht des Kerkersträflings Janal ermöglicht.

Aus Anlaß der Flucht des Kerkersträflings Karl Perzl am 13. April 1920 hat der Militäranwalt gegen den Volkswehrman Karl Käfer des Volkswehrbataillons Möllersdorf das gerichtliche Ermittlungsverfahren wegen Verbrechens der Pflichtverletzung im Wachdienste gemäß § 2 MStG. beim Divisionsgerichte Wien aus dem Grunde beantragt, weil Käfer verdächtig erscheint, die Flucht des Grabner dadurch ermöglicht zu haben, daß er ihn trotz erfolgter Belehrung bei Gartenarbeiten allein gehen ließ.

Der Fall der Entweichung des Kerkersträflings Heinrich Grabner (entwichen am 11. April 1920) endete, ohne Feststellung eines Verschuldens des

Aufsichtspersonals, mit der Verurteilung des Entwichenen wegen Vergehens des Diebstahls durch das Brigadegericht in Wien. Der ebenfalls beim Militäranwalt in Wien anhängig gewesene Fall der Entweichung der Kerkersträflinge Migner und Wessely wurde mit der Abtretung an die Strafanstalt Möllersdorf zur disziplinarischen Austragung abgeschlossen.

Nach dem Ausgeführten glaubt das Staatsamt für Heereswesen die Behauptung aufstellen zu können, daß in allen Entweichungsfällen alles getan wurde, was im Rahmen der geltenden Vorschriften und Gesetze seitens der verantwortlichen Stellen getan werden konnte, um die an dem Ausbrechen von Sträflingen Schuld tragenden Personen zur Verantwortung zu ziehen und dem Gesetze gemäß zu bestrafen.

Was die in der Anfrage erwähnten Bestechungsversuche von Sträflingen an dem Bewachungspersonal anbelangt, haben die seinerzeit durchgeführten gegenständlichen Erhebungen nachfolgendes ergeben:

Sträfling Ranner machte einem Volkswehrmanu gegenüber die harmlose Bemerkung, daß er gerne selbst 5000 K opfern würde, könnte er die Freiheit jetzt ebenso erlangen, wie die Sträflinge, die gerade am selben Tage aus der Anstalt entlassen wurden.

Sträfling Rutschera machte gelegentlich der Menageverteilung am 27. Februar l. J. dem als Aufsicht in der Sträflingsküche diensttuenden Berufsunteroffizier Feuerwerker Karl Wimmer gegenüber anschließend an Witze, die dieser Unteroffizier mit Bezug auf den am 26. Februar l. J. erfolgten Ausbruch von Sträflingen mit der Frage zum

besten gab, ob man denn nicht auch vielleicht den „Rutschera“ hinauslassen sollte, lachend die Bemerkung: 100.000 K stehen!“.

In beiden Fällen handelte es sich daher um scherzhafte Äußerungen, keinesfalls um ernsthafte Angebote an das Aufsichtspersonal, wenn man sich auch der Anschauung nicht wird verschließen können, daß die an sich scherzhaften Bemerkungen den Versuch darstellen mochten, die Zugänglichkeit einzelner Aufsichtsorgane hinsichtlich einer im gegebenen Zeitpunkt ernstlich hervortretenden Bestechung zu erforschen.

Erfahrungsgemäß ist ja das Aufsichtspersonal aller Strafanstalten mehr oder minder solchen Versuchen insbesondere seitens Angehöriger der Sträflinge ausgesetzt und es ist gerade in unserer materiell so schwierigen Zeit ganz besonders zu loben, daß das Aufsichtspersonal diesen mehr oder minder versteckten Versuchen bisher in treuer Pflichterfüllung widerstanden hat.

Insofern daher in der Anfrage gegen die Verlässlichkeit des Aufsichtspersonals (Proposten und Beschließer) Bedenken erhoben werden, sind diese unbegründet.

Was die materielle Lage dieses Personals anbelangt so hat sie dadurch eine Besserung erfahren, daß Möllersdorf in eine höhere Bezugsklasse (Ia) eingereiht wurde.

Im übrigen steht mit Rücksicht auf die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit die Übernahme der Militärstrafanstalt in die Ziviljustizverwaltung unmittelbar bevor.

Wien, 26. August 1920.